

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-012651/2013
an die Kommission**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

**Paweł Zalewski (PPE), María Auxiliadora Correa Zamora (PPE), Silvana Koch-Mehrin (ALDE),
Robert Sturdy (ECR) und Pablo Zalba Bidegain (PPE)**

Betrifft: Investitionspolitik

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon arbeitet die Europäische Union daran, ihre Politik im Bereich Auslandsinvestitionen dahingehend weiterzuentwickeln, dass ein offenes, diskriminierungsfreies Umfeld für Investitionen entsteht, das Investoren Stabilität und Rechtssicherheit bietet. Im Juli 2010 erklärte die Kommission, dass im Rahmen der Investitionspolitik der EU dafür gesorgt werden sollte, dass für EU-Investoren im Ausland dieselben Wettbewerbsbedingungen gelten und für ihre Investitionen optimale, einheitliche Bedingungen herrschen.

Aufgrund der wachsenden Präsenz europäischer Unternehmen in Drittländern und der durch Rechtsunsicherheit bedingten Probleme, die unlängst in einigen Ländern aufgetreten sind, sowie angesichts der Entstehung eines engermaschigeren Netzes europäischer Handels- und Investitionsvereinbarungen ist es gerechtfertigt, zusätzliche Instrumente zu entwickeln und einzuführen, mit denen die Maßnahmen zum Schutz von EU-Investitionen in Drittländern ergänzt und verstärkt werden.

Könnte die Kommission sich zu ihrer Politik, weitere bilaterale Investitionsvereinbarungen mit Drittländern abzuschließen, äußern und diese genau erklären? Wie gedenkt sie im Rahmen dieser Politik die entsprechende Rechtssicherheit für EU-Investitionen sicherzustellen?

Kann die Kommission erläutern, welche Vor- und Nachteile eine zwischenstaatliche Streitbeilegung gegenüber der Streitbeilegung zwischen Investor und Staat bietet oder wie diese beiden Formen der Streitbeilegung sich ergänzen sollen und auf welchen Kriterien ihre Entscheidung beruht, im Rahmen einiger Handels- und Investitionsvereinbarungen mit Drittländern einen Streitbeilegungsmechanismus zwischen Investor und Staat auszuhandeln, mit dem sichergestellt werden soll, dass EU-Investoren im Streitfall die besten Chancen haben?